

Europa Konkret

Treffpunkt Europa

Mehr als schöne Worte? Die Verbraucherpolitik in der EU

Sprecher:

Die Europäische Kommission in Brüssel gibt sich gerne das Bild der Behörde, die in der Europäischen Union für die Rechte der Verbraucher kämpft. Gerade nach den verlorenen Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden vor knapp drei Jahren hieß die Losung in Brüssel: Die EU muss dem Bürger näher kommen und der Bürger muss spüren, wofür die EU gut ist. Also forderte die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten zum Beispiel auf, den Energiemarkt zu liberalisieren, damit die Preise sinken und zwang die Telekomanbieter, ihre Gebühren für Auslands-Telefongespräche zu senken. Aber ist die Politik der Brüsseler Kommission tatsächlich so verbraucher-freundlich, wie sie es gerne selbst darstellt? Ruth Reichstein hat sich in Brüssel umgehört.

Wenn Meglena Kuneva in Brüssel vor die Presse tritt, ist der Saal meistens voll besetzt. Denn die bulgarische Kommissarin kümmert sich um ein Portfolio, das bei den EU-Journalisten ganz oben auf der Prioritätenliste steht: Verbraucherschutz. Und so wird sie auch nicht müde, immer neue Initiativen anzukündigen, die die Rechte des europäischen Verbrauchers stärken sollen.

Erst kürzlich eröffnete sie ein neues Internet-Portal, mit dessen Hilfe die Branchen in Europa – zum Beispiel Finanzdienstleistungen und der Verkauf von Konsumartikeln - auf ihre Verbraucherfreundlichkeit untersucht werden sollen. In der vergangenen Woche vergab Kuneva dann Preise für besonders originelle Aufklärungskampagnen in der EU an die Mitgliedsstaaten – unter anderem wurde ein finnisches Computerspiel prämiert, das junge Verbraucher auf ihre Rechte bei Einkäufen im Internet hinweist.

Das Engagement der Kommission sei durchaus positiv zu bewerten, sagt die grüne Verbraucherschutz-Politikerin im Europäischen Parlament Hiltrud Breyer:

Eine Gemeinschaftsproduktion europäischer Rundfunkanstalten

www.treffpunkteuropa.eu

© Deutsche Welle

Europa Konkret

Treffpunkt Europa

Hiltrud Breyer:

"Bisher war es so, dass die Industrie, mehr im Vordergrund gestanden hat, dass man versucht hat, deren Wünsche umzusetzen. Jetzt nehme ich schon wahr, dass die Kommission die Konsumenten auch mehr berücksichtigt. Sie nimmt sie nicht nur wahr als Marktteilnehmer, die nur Informationen über sichere Produkte wollen, sondern auch als Marktteilnehmer, die durch ihre Kaufentscheidungen Innovation und Wirtschaftsentwicklung steuern können."

Sprecher:

Ein gutes Beispiel dafür sei – ihrer Meinung nach - die Neufassung der Spielzeug-Richtlinie, die die Kommission vor einigen Wochen vorgelegt hat. Darin werden besonders gefährliche Stoffe verboten. Die Industrie wird zu mehr Information über die Produkte angehalten. Aber diese verbraucherfreundliche Linie sei nicht konstant, sagt Breyer:

Hiltrud Breyer:

"Bei der neuen EU-Richtlinie von Kosmetika, wird die verbraucherfreundliche Linie, gefährliche Stoffe zu verbieten, nicht umgesetzt. Ich kann nicht verstehen warum der Schritt in die richtige Richtung bei der Kosmetik-Richtlinie nicht gemacht wird. Das verwirrt nicht nur die Bürger. Es fehlt hier die klare Linie. Es ist eine Zickzackpolitik. "

Sprecher:

Das liege auch daran, dass innerhalb der Kommission verschiedene Kabinette für Verbraucherthemen zuständig sind, sagt die Generalsekretärin des Europäischen Verbraucherschutzbundes BEUC, Monique Goyens:

Eine Gemeinschaftsproduktion europäischer Rundfunkanstalten

www.treffpunkteuropa.eu

© Deutsche Welle

Europa Konkret

Treffpunkt Europa

Monique Goyens:

"Wir merken natürlich, dass die Aufmerksamkeit für den Verbraucherschutz von Generaldirektion zu Generaldirektion schwankt. Die Gesundheits- oder Verbraucher-Direktion hört uns viel eher zu als die, die für Industriepolitik verantwortlich ist. Kommissar Verheugen ist wesentlich schwerer zu überzeugen als Frau Kuneva."

Sprcher:

Goyens beobachtet ganz genau jede Initiative der Europäischen Kommission zum Verbraucherschutz. Nicht immer ist sie zufrieden:

Monique Goyens:

"Die Generaldirektion Industrie will, dass die Pharma-Industrie selbst den Patienten über Wirkung und Risiken eines Medikaments informieren darf. Aber da gibt es einen eindeutigen Interessenskonflikt. Die Industrie wird sicherlich nie neutrale und objektive Informationen geben. Das muss also eine unabhängige Organisation übernehmen. Das ist ein typisches Beispiel, dafür, dass die Generaldirektion von Kommissar Verheugen (zuständig für Industriepolitik) vor allem die Interessen der Industrie stärken will."

Sprecher:

Auch die Mitgliedsstaaten bremsen den Verbraucherschutz immer wieder aus – vor allem dann, wenn die Industrie-Lobby besonders stark ist. So blockiert das Land der Autohersteller, Deutschland, strengere Vorschriften zum CO₂-Ausstoß bei Autos.

Ein ständiger Machtkampf. Beim Verbraucherschutz geht es eben auch immer um finanzielle Interessen. Deshalb setzen sich die Verbraucherschützer nicht immer mit ihren Forderungen durch. Für die Generalsekretärin von BEUC, Monique Goyens, ist aber - trotz aller Kritik – eines klar:

Eine Gemeinschaftsproduktion europäischer Rundfunkanstalten

www.treffpunkteuropa.eu

© Deutsche Welle

Europa Konkret

Treffpunkt Europa

Monique Goyens:

"Es ist schon der Verdienst der EU-Kommission und einzelner Beamter, dass es heute einen guten Verbraucherschutz in Europa gibt. 80 Prozent der Gesetzgebung in diesem Bereich kommen von der europäischen Ebene."